

These 1: Der in unserem Land erreichte materielle Wohlstand beruht unter anderem auf der Ausbeutung von Natur und Mensch insbesondere in den Ländern des globalen Südens (Erdschöpfungstag, ökologischer Fußabdruck, Einkommensverteilung).

Globale Herausforderungen wie Pandemien, Hunger, Migration, Klima- oder Finanzkrise brauchen globale Lösungen. Die Zeit drängt. Wir wollen die weltweite sozial-ökologische Transformation vorantreiben. Die Menschenrechte, die globalen Nachhaltigkeitsziele und das Pariser Klimaabkommen sind hierfür wichtige Fundamente. Deutschland und die EU müssen beim Schutz globaler Güter, einer gerechten Ressourcenverteilung und bei der Schaffung fairer Entwicklungschancen vorangehen und die notwendigen Mittel bereitstellen.

Wir wollen **Armut und soziale Ungleichheit** verringern, **Geschlechtergerechtigkeit, Bildung und Gesundheit** fördern, mit einer **globalen Agrarwende** den Hunger beenden, die **Klimakrise** bekämpfen, **Demokratie und Menschenrechte** stärken und **faire Handelsabkommen** schließen.

Die Entwicklungschancen der Länder des globalen Südens sind stark davon abhängig, wie fair die Handelspolitik gestaltet wird. Fairer Handel muss zum Standard werden, auch um postkoloniale Kontinuitäten zu durchbrechen. Dieser muss sich, wie bereits oben erwähnt, am Pariser Klimaabkommen, an der Agenda für nachhaltige Entwicklung sowie an den UN-Kernmensenrechtsverträgen orientieren. Bestehende Fair-Handels-Initiativen müssen gefördert werden. Wir brauchen im Sinne einer nachhaltigen globalen Strukturpolitik dringend eine gerechte Handelspolitik mit den Ländern des globalen Südens, die regionale Wertschöpfung, regionalen Handel und Integration fördert und ihnen genügend Raum lässt, durch Zölle und Quoten ihre Märkte zu schützen sowie durch Exportsteuern die Ausfuhr heimischer Rohstoffe zu beschränken. So wird der Aufbau heimischer Industrien gefördert. Zölle für Länder des globalen Südens auf verarbeitete Produkte sollen gesenkt bzw. abgeschafft werden. Eine Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit zur Flüchtlingsabwehr lehnen wir ab.

Wir Grüne werden die **0,7-% Zusage zur Entwicklungsfinanzierung (ODA)** bis 2025 erfüllen sowie weitere **10 Mrd. Euro für die internationale Klimafinanzierung** bereitstellen

These 2: Die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen der bisher weitgehend unkontrolliert abgelaufenen Globalisierung müssen stärker in den Blick genommen werden. Das mit Mühen verabschiedete deutsche Lieferkettengesetz kann nur ein erster Schritt sein und darf weder das geplante weitreichendere EU-Gesetz noch den [UN-Treaty-Prozess](#) behindern (UN-Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte).

Als führende Exportnation muss Deutschland einen führenden Beitrag zur gerechteren und nachhaltigeren Globalisierung leisten. Wir fordern die **Einhaltung der Menschenrechte, der UN-Nachhaltigkeitsziele sowie des 1,5 Grad Ziels** nicht nur von anderen ein. Wir müssen diese selbst systematisch im Blick behalten und hierfür die Ressourcen und Instrumente zur Verfügung stellen.

Wir setzen hierbei auch auf **globale Steuergerechtigkeit** sowie ein **wirkungsvolles Lieferkettengesetz**. Darüber hinaus setzen wir uns auch auf europäischer Ebene für eine ambitionierte, verbindliche Regelung in internationalen Lieferketten ein. Waren, deren Herstellung etwa mit schweren Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel Kinder- oder Zwangsarbeit im Zusammenhang steht, soll der Zugang zum EU-Binnenmarkt verwehrt werden. Wir setzen uns zudem für gentechnikfreie Lieferketten ein. Auf internationaler Ebene muss die Erarbeitung eines rechtsverbindlichen UN-Abkommens zu Wirtschaft und Menschenrechten (Binding Treaty) vorangetrieben werden.

These 3: Gerechte Handelsbeziehungen und faire Investitionsabkommen müssen in den Ländern des globalen Südens mehr Wertschöpfung ermöglichen, angepasste Arbeitsplätze schaffen und Binnenmärkte stärken. In Deutschland bedarf es einer kohärenten Entwicklungspolitik (Fluchtursachen, existenzsichernde Mindestlöhne, Kapitalverkehrskontrollen).

Entwicklungspolitik ist für uns **globale Strukturpolitik**, die Beiträge für globale Gerechtigkeit liefert und konkret zur Umsetzung dieser Ziele beiträgt. Das heißt für uns auch, unsere **Beziehungen zum Globalen Süden** von kolonialen und patriarchalen Denkmustern zu befreien, unsere Handelspolitik fairer zu gestalten, Staateninsolvenzverfahren zu schaffen, für **mehr Gerechtigkeit in internationalen Organisationen** wie Weltbank und IWF zu sorgen sowie unsere Verpflichtungen zur internationalen **Entwicklungs- und Klimafinanzierung** verlässlich einzuhalten.

Wir wollen **Armut weltweit bekämpfen** und zur Stärkung von sozialen Sicherungssystemen beitragen. Durch **finanzielle Direkthilfen** („social cash transfers“) können in einem ersten Schritt im Rahmen der ODA-Mittel besonders Bedürftige abgesichert werden.

These 4: Die deutsche Wirtschaft überschreitet seit vielen Jahren schon den im EU-Vertrag festgelegten Höchstwert des Leistungsbilanzüberschusses von 6 % des Bruttosozialproduktes. Die einseitige Außenwirtschaftsförderung, u.a. die subventionierte Überproduktion in der Landwirtschaft, beschert uns zwar kurzfristig Arbeitsplätze im [Inland](#) - aktuell auch in unserem [Landkreis](#) - , erhöht jedoch die Verschuldung von Ländern, die nicht im Gegenzug ihre Produkte zu angemessenen Preisen liefern oder entsprechende Dienstleistungen anbieten können. Deutschland muss die Interessen wirtschaftlich schwächerer Länder stärker berücksichtigen.

Wie bereits oben ausgeführt, geht es uns GRÜNEN um eine globale, faire Handelspolitik. Vieles wurde hierzu bereits in den vorangegangenen Zeilen erläutert. **Unsere globale Strukturpolitik ist das Gegenkonzept zu einer Weltordnung, die von einer neoliberalen Logik und Deregulierung geprägt ist, die soziale Ungleichheiten befördert und die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört.** Wir wollen die **Vereinten Nationen und multilaterale Zusammenarbeit** stärken, um mit der EU und den VN mehr Wirkung für Entwicklung zu erzielen. Mit unseren Partner*innen im Globalen Süden aus Regierungen und **Zivilgesellschaft** arbeiten wir gleichberechtigt. Wir setzen auf asymmetrische Marktöffnung und die Möglichkeit für Entwicklungsländer mit gezielten handelspolitischen Maßnahmen – etwa Exportsteuern oder dem umfangreichen Schutz junger Industrien – eine selbstbestimmte Entwicklung auf Grundlage einer diversifizierten Industrie und Wertschöpfung vor Ort zu gestalten. Dazu müssen auch die Industrieländer ihre Märkte zusätzlich für verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern öffnen und etwa Ursprungsregelungen so ausgestalten, dass die Wertschöpfung dort verstärkt ermöglicht wird.

Martina Neubauer